

Mitgliederversammlung des BJV am 6.4.2025, Tagesordnungspunkt IV, Anträge

C) Tarifpolitik

Antragsteller: Bezirk Augsburg-Schwaben, Vorsitzende Stefanie Heckel

Antragsgegenstand: Mehrwertsteuersenkung für Zeitungsverlage auf 0 Prozent

Die Mitgliederversammlung des BJV möge beschließen:

Der Vorstand des BJV setzt sich in allen relevanten Gremien und gegenüber der Politik dafür ein, dass eine etwaige Mehrwertsteuersenkung auf 0 Prozent für Presseprodukte an eine Tarifbindung in den Zeitungsverlagen geknüpft wird.

Der BJV soll darüber hinaus auch das Anliegen des Deutschen Journalistenverbands aktiv unterstützen, nach dem Vorbild Luxemburgs sicherzustellen, dass staatliche Steuererleichterungen gezielt der redaktionellen Arbeit zugutekommen und nicht allein der Renditesteigerung dienen.

Begründung:

Der Deutsche Journalistenverband (DJV) begrüßt grundsätzlich die Überlegungen, Presseprodukte durch eine Senkung der Mehrwertsteuer zu fördern. Eine pauschale Reduzierung ohne Bedingungen birgt jedoch die Gefahr, dass die Steuererleichterung nicht der journalistischen Arbeit und Qualität, sondern primär den Gewinnen der Verlage zugutekommt.

Der DJV schlägt daher vor, die Maßnahme an klare Kriterien zu binden: Profitieren sollen nur Verlage, die Tariflöhne zahlen. Denn faire Arbeitsbedingungen und angemessene Bezahlung stärken nicht nur die Attraktivität des Berufs, sondern sind auch wesentliche Grundlagen für hochwertigen und unabhängigen Journalismus.

Zudem sollen transparente Mechanismen, etwa unter Beteiligung von Betriebsräten, sicherstellen, dass die eingesparten Mittel tatsächlich in redaktionelle Arbeit fließen. Nur so kann die angestrebte Stärkung der Presse- und Meinungsvielfalt erreicht werden.

Der BJV sollte dieses Anliegen mit Nachdruck unterstützen, da es den Interessen der angestellten und freien Journalistinnen und Journalisten in Bayern entspricht.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem Umstand, dass das Thema aktuell in den Koalitionsverhandlungen in Berlin verhandelt wird und damit eine zeitnahe Positionierung des BJV notwendig ist. Erst am 3. April 2025 veröffentlichte der Deutsche Journalistenverband seinen offenen Brief mit der Forderung, eine mögliche Mehrwertsteuersenkung für Presseprodukte an Tarifbindung zu koppeln. Eine fristgerechte Einreichung des Antrags zur Mitgliederversammlung war deshalb nicht möglich.

Nur durch umgehendes Engagement kann der BJV noch Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse nehmen.